Gesetzentwurf

der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen

A) Problem

In der Praxis übernehmen Mitglieder der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des öffentlichen Verkehrs häufig die Verkehrsregelung an Einsatzstellen und bei Veranstaltungen, soweit Polizei nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in ausreichender Stärke zur Verfügung steht. Das wird von den Verkehrsteilnehmern weitestgehend akzeptiert. Eine hinreichende Rechtsgrundlage für solche Tätigkeiten fehlt jedoch bisher. Da eine entsprechende bundesrechtliche Regelung, wie sich gezeigt hat, nicht erreichbar ist, muß eine geeignete landesrechtliche Norm geschaffen werden.

B) Lösung

Das Gesetz über Zuständigkeiten im Verkehrswesen soll um eine Vorschrift ergänzt werden, die der Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk in örtlich und zeitlich begrenzten Fällen dieselben Befugnisse für verkehrsregelnde Maßnahmen zuweist, wie die Polizei sie nach der StVO innehat. Die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk sollen insoweit die Rechtsstellung der Polizei im Sinne der StVO erhalten. Dabei werden die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk nicht verpflichtet, diese Befugnisse tatsächlich auszuüben, sondern lediglich dazu berechtigt.

Gleichzeitig mit dieser Ergänzung wird das Gesetz über Zuständigkeiten im Verkehrswesen in einigen Artikeln redaktionell geändert und um einzelne Zuständigkeitsregeln (z. B. zur Ausführung des „Ozongesetzes“) erweitert.

C) Alternativen

Keine.

D) Kosten

Ob und inwieweit durch diese gesetzliche Regelung für die Städte und Gemeinden als Träger der Feuerwehren sowie für das Technische Hilfswerk (Bundesanstalt) zusätzliche Kosten entstehen, ist noch nicht vollständig absehbar. Ein Mehrbedarf an Personal- und Sachmitteln entsteht nicht. Im Bereich der Aus- und Fortbildung sind zusätzliche Aufwendungen im Grundsatz nicht zu erwarten, da das Thema Absichern von Unfallstellen auf Straßen bereits bisher Bestandteil der Grundausbildung und der laufenden Ausbildung der Feuerwehren auf Standortebene ist.

Entsprechendes gilt für das Technische Hilfswerk.

Auch hinsichtlich der Kosten der gemeindlichen Haftpflicht- und Unfallversicherungen ist allenfalls von einer geringfügigen Erhöhung auszugehen.

Insgesamt ist, da die entsprechenden Tätigkeiten im wesentlichen schon bisher ausgeübt wurden, mit keinen erheblichen Mehrkosten zu rechnen.

Für Staat, Wirtschaft und Bürger fallen keine Mehrkosten an.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen

§ 1

Das Gesetz über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (ZustG-Verk) vom 28. Juni 1990 (GVBl S. 220, BayRS 9210-1-W), geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 13. Dezember 1990 (GVBl S. 511), wird wie folgt geändert:

1. Art. 1 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.
- b) In Absatz 2 wird hinter dem Wort „Fahrlehrerwesen“ das Komma gestrichen und das Wort „und“ eingefügt; die Worte „und für das Eisenbahnwesen mit Ausnahme der S-Bahnen“ werden gestrichen.

2. In Art. 3 Abs. 1 werden nach dem Wort „welche“ die Worte „§ 16 Abs. 2 Satz 1, § 44 Abs. 3 Satz 1, Abs. 3a StVO und“ eingefügt und das Wort „zuweist“ durch das Wort „zuweisen“ ersetzt.

3. Art. 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1; nach dem Wort „Straßenverkehrs-Ordnung“ werden die Worte „und § 40 e des Bundes-Immissionsschutzgesetzes“ eingefügt.
- b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„Örtlich zuständig ist in den Fällen des § 40 e des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die Straßenverkehrsbehörde, in deren Bereich der Antragsteller seinen Wohn- oder Betriebsitz hat oder in deren Bereich er von der Ausnahme Gebrauch machen will; tritt das Verkehrsverbot (§ 40 a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes) in einem Zeitpunkt ein, in dem sich der Antragsteller nicht an seinem Wohn- oder Betriebsitz befindet, so ist auch die Straßenverkehrsbehörde seines Aufenthaltsortes zuständig.“

4. Dem Art. 5 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Die oberste Straßenverkehrsbehörde erfüllt auch die Aufgaben, welche § 40 b Abs. 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes der obersten Straßenverkehrsbehörde des Landes und § 40 d Abs. 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes den Straßenverkehrsbehörden zuweist.“

5. Es wird folgender Art. 7 a eingefügt:

„Art. 7 a
Feuerwehr und Technisches Hilfswerk

Zu der erforderlichen Sicherung von Einsatzstellen und Veranstaltungen können – vorbehaltlich anderer Entscheidungen der Straßenverkehrsbehörden oder der Polizei – Führungsdienstgrade der Feuerwehr und Führungskräfte des Technischen Hilfswerks oder von ihnen im Einzelfall beauftragte Mannschaftsdienstgrade oder Helfer die Befugnisse nach § 36 Abs. 1 und § 44 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Ordnung ausüben, soweit Polizei im Sinn des Art. 1 des Polizeiaufgabengesetzes nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung steht. Für die Sicherung von Veranstaltungen durch die Feuerwehren ist die Zustimmung des zuständigen Gemeindeorgans erforderlich.“

6. In Art. 8 Abs. 2 werden die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

7. In Art. 9 werden die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ jeweils durch die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

8. Art. 10 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- a) Die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ werden durch die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.
- b) Die Worte „des Innern“ werden durch die Worte „für Landesentwicklung und Umweltfragen“ ersetzt.

9. In Art. 11 Abs. 1 werden die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt.

10. Art. 12 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr“ durch die Worte „Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie“ ersetzt; die Worte „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung“ werden durch die Worte „Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit“ ersetzt.

b) In Absatz 1 Nr. 4 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und es werden folgende Nummern angefügt:

- „5. Allgemeines Eisenbahngesetz vom 27. Dezember 1993 (BGBl I S. 2369),
6. Gesetz über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes vom 27. Dezember 1993 (BGBl I S. 2394),
7. Eisenbahn- Bau- und Betriebsordnung vom 8. Mai 1967 (BGBl II S. 1563), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens vom 27. Dezember 1993 (BGBl I S. 2422),
8. Eisenbahn- Bau- und Betriebsordnung für Schmalspurbahnen vom 25. Februar 1972 (BGBl I S. 269), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens vom 27. Dezember 1993 (BGBl S. 2423),
9. Eisenbahn-Signalordnung vom 7. Oktober 1959 (BGBl II S. 1021), zuletzt geändert durch Die Dritte Verordnung zur Änderung der Eisenbahn-Signalordnung vom 8. November 1995 (BGBl II, S. 1509).“

c) Absatz 2 wird aufgehoben; der bisherige Absatz 1 wird einziger Absatz.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:

Zu § 1 Nr. 1:

Nach der Verordnung zur Umbenennung des Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr in Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie vom 7.11.1994 (GVBl S. 987, BayRS 200-6-S) gilt nunmehr die genannte Bezeichnung, vgl. § 7 der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV) vom 1. Dezember 1993, geändert durch 11. Verordnung vom 7.11.1994 (GVBl S. 986).

Nach § 7 Ziff. 20 StRGVV ist das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie für die Angelegenheiten des Eisenbahnwesens und des öffentlichen Personennahverkehrs zuständig.

Zu § 1 Nr. 2:

Nach Art. 3 Abs. 1 in der bisherigen Fassung erfüllen die örtlichen Straßenverkehrsbehörden im Gemeindegebiet alle Aufgaben, welche § 45 StVO den Straßenverkehrsbehörden zuweist, soweit sich solche Maßnahmen ausschließlich auf Gemeindestraßen im Sinn des Art. 46 und sonstige öffentliche Straßen im Sinn des Art. 53 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes sowie auf Verkehrsflächen beziehen, die zwar nach dem Straßenrecht nicht die Eigenschaft einer öffentlichen Straße besitzen, jedoch öffentliche Verkehrsflächen im Sinn des Straßenverkehrsrechts sind.

Hierzu zählt u. a. auch die Anordnung des Zeichens 224 StVO („Haltestelle“). Durch die Änderung des § 16 Abs. 2 Satz 1 StVO

durch die Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung vom 18.07.1995 (BGBl I S. 935) werden die Straßenverkehrsbehörden ermächtigt, das Einschalten des Warnblinklichts von Omnibussen des Linienverkehrs oder von gekennzeichneten Schulbussen anzuordnen, wenn diese sich einer Haltestelle nähern und solange Fahrgäste ein- und aussteigen. Durch die Einfügung des § 16 Abs. 2 Satz 1 StVO in Art. 3 Satz 1 ZustGVerk wird diese Ermächtigung den örtlichen Straßenverkehrsbehörden zugewiesen, soweit es den dort genannten Bereich betrifft. Damit wird eine direkte Beziehung zwischen der Anordnung einer Haltestelle (Zeichen 224 StVO) und der Anordnung des Warnblinkens (§ 16 Abs. 2 Satz 1 StVO) hergestellt.

Des weiteren finden in vielen Gemeinden heutzutage zahlreiche Veranstaltungen statt, die rein örtlichen Charakter haben, für deren Erlaubnis nach § 29 Abs. 2 StVO bisher jedoch das Landratsamt als untere Straßenverkehrsbehörde zuständig ist (§ 44 Abs. 3 Satz 1 StVO i. V. m. Art. 4 Abs. 1 ZustGVerk).

Da die Gemeinde, soweit die in Art. 3 Abs. 1 genannten Straßen betroffen sind, ohnehin die mit der Veranstaltung verbundenen verkehrsrechtlichen Anordnungen nach § 45 StVO (z. B. Aufstellung von Haltverbotsschildern, Umleitungsbeschilderung) zu treffen hat, soll sie, soweit die Veranstaltung nur auf den in Art. 3 Abs. 1 genannten Straßen stattfindet, hierfür auch die Erlaubnis nach § 29 Abs. 2 StVO erteilen. Damit wird die Gemeinde „Herrin“ über das gesamte straßenverkehrsrechtliche Verfahren, was insoweit auch den Vorstellungen des Bayer. Städtetages entspricht.

Im Hinblick auf eine durch die Erlaubnis nach § 29 Abs. 2 StVO zu ersetzende Sondernutzungserlaubnis nach Art. 18 Abs. 1 BayStrWG ergeben sich keine Probleme, da die Gemeinde für die in Art. 3 Abs. 1 genannten Straßen auch sachlich zuständige Straßenbaubehörde ist (Art. 58 Abs. 2 Buchst. c BayStrWG).

Entsprechendes gilt für die Großraum- und Schwertransporte, die ausschließlich im Straßennetz der Gemeinde ausgeführt werden.

Zu § 1 Nr. 3:

Die „Straßenverkehrsbehörde“ hat bei einem Verkehrsverbot nach § 40 a Abs. 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) u. a. über Einzel-Ausnahmegenehmigungen zu entscheiden (§ 40 e BImSchG). Im Gegensatz zu § 40 BImSchG fehlt hier der Hinweis „nach Maßgabe der verkehrsrechtlichen Vorschriften“. Eine Ergänzung dieser bundesgesetzlichen Vorschrift ist, wie Beratungen zwischen Bund und Ländern zeigen, nicht zu erwarten. Es ist deshalb notwendig, die Zuständigkeit ausdrücklich im ZustGVerk zu regeln. Verpflichtet werden mit der voraussichtlich nur bis zum 31.12.1999 zu erfüllenden Aufgabe (vgl. § 74 BImSchG) die Landratsämter, kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte. Diese sind bereits jetzt in der Regel als Zulassungsstellen mit der Kennzeichnung von kraft Gesetzes ausgenommenen Kraftfahrzeugen mit geringem Schadstoffausstoß gefordert. Auch sind sie für die Planung, Organisation und Sicherstellung des allgemeinen ÖPNV sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verantwortlich. Es erscheint deshalb - nicht zuletzt im Interesse einer bürgernahen und funktionalen Verwaltung - sachgerecht und zweckmäßig, daß dort auch die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörden für die dann großflächigen Verkehrsverbote gebündelt wird.

Zu § 1 Nr. 4:

Die oberste Straßenverkehrsbehörde des Landes gibt Verkehrsverbote nach § 40 a Abs. 1 BImSchG bekannt (40 b Abs. 1 BImSchG). Art. 5 beschränkt die Zuständigkeit der obersten Straßenverkehrsbehörde bisher auf Aufgaben, welche die Straßenverkehrs-Ordnung ihr zuweist. Deshalb ist hier eine entsprechende Ergänzung notwendig.

Außerdem haben die „Straßenverkehrsbehörden“ gemäß § 40 d Abs. 2 BImSchG das Nähere bei kraft Gesetzes ausgenommenen Pendler- und Urlauberverkehr zu regeln. Da entsprechende Regelungen nicht regional unterschiedlich, sondern landeseinheitlich zu treffen sind, ist es notwendig, auch hiermit im ZustGVerk ausdrücklich die oberste Straßenverkehrsbehörde zu beauftragen.

Zu § 1 Nr. 5:

A) Allgemeiner Teil

In der Praxis übernehmen Mitglieder der Feuerwehr (und des Technischen Hilfswerks) zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des öffentlichen Verkehrs bereits bisher häufig die Verkehrsregelung an Einsatzstellen und bei Veranstaltungen. Das wird von den Verkehrsteilnehmern auch weitestgehend akzeptiert.

Eine Rechtsgrundlage für solche Tätigkeiten fehlt jedoch bisher. So ist nach der Straßenverkehrs-Ordnung - abgesehen von den originären Aufgaben der Straßenverkehrsbehörden, aber auch der Straßenbaubehörden - lediglich die Polizei befugt, den Verkehr durch Zeichen und Weisungen (§ 36) und durch die Bedienung von Lichtzeichenanlagen (§ 44 Abs. 2 StVO) zu regeln.

Auch nach Landesrecht ist eine solche Verkehrsregelung bisher nicht zugelassen. Die Befugnisse der Feuerwehr zur Sicherung der Einsatzstellen sind gegenwärtig nur in Art. 25, Art. 26 des Bayer. Feuerwegesetzes geregelt. Danach können Führungsdienstgrade der Feuerwehr und von ihnen im Einzelfall beauftragte Mannschaftsdienstgrade das Betreten einer Schadensstelle und ihrer Umgebung verbieten oder Personen von dort verweisen und die Schadensstelle und den Einsatzraum der Feuerwehr sperren, wenn sonst der Einsatz behindert würde. Voraussetzung dieser Befugnis ist, daß „Polizei nicht zur Verfügung steht“.

Diese Befugnisse der Feuerwehr gelten unstreitig auch für Maßnahmen, die sich auf den öffentlichen Verkehrsraum i. S. des Straßenverkehrsrechts beziehen. Gleichwohl ist zweifelhaft, ob die genannte Befugnis der Feuerwehr auch konkrete Weisungen an Verkehrsteilnehmer umfaßt. Keinesfalls umfaßt sie die Anordnung vorläufiger verkehrsrechtlicher Maßnahmen zur Sicherung und Lenkung des Verkehrs (z. B. Aufstellung transportabler Verkehrszeichen), die der Polizei nach § 44 Abs. 2 StVO zusteht. Solche Befugnisse sind aber für die ordnungsgemäße Absicherung von Einsatzstellen erforderlich, da nicht in jedem Fall und während des gesamten Einsatzes Polizei zur Verfügung steht.

Deshalb - zugleich aber auch im Interesse einer weiteren Entlastung der Polizei und im Interesse einer besseren Absicherung von Veranstaltungen (z. B. motor- und radsportliche Veranstaltungen, Brauchtums- und kirchliche Veranstaltungen) - ist es notwendig, eine spezielle Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Feuerwehren (und des Technischen Hilfswerks) für verkehrsrechtliche Maßnahmen in solchen Fällen zu schaffen. Dies entspricht auch den vielfach vorgetragenen Wünschen aus den Reihen v. a. der Freiwilligen Feuerwehren, die diesen Zustand der „Rechtsunsicherheit“ beseitigt sehen möchten.

Es wurde zunächst versucht, eine entsprechende Rechtsgrundlage im Rahmen der bundesrechtlichen Straßenverkehrs-Ordnung herbeizuführen. Eine Mehrheit der Länder war hierzu wegen der unterschiedlichen landesrechtlichen Verhältnisse und Regelungen nicht erreichbar.

In dem für die StVO zuständigen Bund-Länder-Fachausschuß für die Straßenverkehrs-Ordnung und die Verkehrspolizei (BLFA-StVO) bestand jedoch Einigkeit, daß zwar durch Lan-

desgesetze nicht in den dem Bundesrecht vorbehaltenen straßenverkehrsrechtlichen Bereich eingegriffen werden könne, es aber Aufgabe des Landesrechts sei zu bestimmen, wer „Polizei“, auch im Sinne des Straßenverkehrsrechts, sei. Auf die landesrechtlichen Vorschriften zur Ausführung z. B. des § 26 Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes wurde dabei hingewiesen.

Dem folgt der vorliegende Gesetzentwurf, der vorsieht, solche Befugnisse für die Feuerwehren und das Technische Hilfswerk unter bestimmten Voraussetzungen auf landesrechtlicher Grundlage zu schaffen.

Dabei soll für die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk keineswegs eine neue Pflichtaufgabe entstehen, sondern nur die Befugnis, verkehrsregelnde Tätigkeiten unter bestimmten Voraussetzungen durchzuführen. Denn in vielen Fällen ist die Feuerwehr, insbesondere die Freiwillige Feuerwehr in der Fläche, erfahrungsgemäß bereit, solche Aufgaben freiwillig zu übernehmen.

Die gemeindlichen Feuerwehren sind gemäß Art. 4 Abs. 1 Satz 2 BayFwG i. V. mit Art. 21, 24 Abs. 1 Nr. 1 GO öffentliche Einrichtungen der Gemeinden. Soweit die Mitglieder der Feuerwehr im Rahmen ihrer Tätigkeit hoheitliche Befugnisse ausüben, haftet für eventuelles pflichtwidriges Verhalten hierbei gemäß § 839 BGB i. V. mit Art. 34 GG die jeweilige Gemeinde. Bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit bleibt der Rückgriff vorbehalten, Art. 34 Satz 2 GG. Entsprechendes gilt für die Helfer des THW (gem. § 1 Abs. 2 THW-Helferrechtsgesetz eine nicht rechtsfähige Bundesanstalt) im Verhältnis zum Bund.

Zu der Frage, ob Schäden, die Dritten durch die im Rahmen dieses Gesetz ermöglichten verkehrsregelnden Tätigkeiten von Mitgliedern der Feuerwehren zugefügt werden, durch die bestehenden gemeindlichen Haftpflichtversicherungen abgedeckt sind, hat die Versicherungskammer Bayern wie folgt Stellung genommen:

„Gemäß Ziffer I der Risikobeschreibungen und Besonderen Bedingungen für die Kommunale Haftpflichtversicherung erstreckt sich der Kommunale Haftpflichtversicherungsschutz auf die gesetzlichen Haftungen, die der versicherten Körperschaft aus deren kommunalem Aufgabenkreis (eigener und übertragener Wirkungskreis) erwachsen können. Soweit also eine landesrechtliche Norm den Gemeinden die Verkehrsregelung durch Mitglieder der Feuerwehren an Einsatzstellen und bei Veranstaltungen als kommunale Aufgabe im übertragenen Wirkungskreis zuweist, wären die gesetzlichen Haftungen, die der Gemeinde aus diesem Aufgabenkreis erwachsen können, vom Versicherungsschutz der Kommunalen Haftpflichtversicherung grundsätzlich umfaßt.“

Ob bzw. inwieweit dieser „Risiko- und Schadenbereich“ zu einer Erhöhung der Haftpflichtprämie führe, könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt mangels entsprechender Anhaltspunkte noch nicht beurteilt werden.

Hinsichtlich des Unfallversicherungsschutzes für die eingesetzten Mitglieder der Feuerwehr sieht der Bayerische Gemeindeunfallversicherungsverband keine Probleme. Die Feuerwehrleute sind im Rahmen des bestehenden gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes auch bezüglich der Verkehrsregelungstätigkeit abgesichert. Voraussetzung ist, daß der Einsatz im Rahmen des Feuerwehrdienstes, d.h. aufgrund entsprechender Anordnung des Feuerwehrkommandanten, erfolgt.

B) Einzelbegründung

Der (neue) Art. 7 a überträgt Mitgliedern der Feuerwehr und Angehörigen des Technischen Hilfswerks unter bestimmten Vor-

aussetzungen die Befugnisse der Polizei im Sinne des § 36 Abs. 1 und des § 44 Abs. 2 der Straßenverkehrs-Ordnung. Sie sind in diesem Rahmen „Polizei“ im Sinne der Straßenverkehrs-Ordnung. Die Befugnis erstreckt sich somit auf die Erteilung von Zeichen und Weisungen (§ 36 Abs. 1 StVO) an Verkehrsteilnehmer, deren Nichtbefolgung gemäß § 49 Abs. 3 Nr. 1 StVO ordnungswidrig ist, sowie zusätzlich auf die Bedienung von Lichtzeichenanlagen (§ 44 Abs. 2 StVO). Bei Gefahr im Verzuge können zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des Straßenverkehrs auch vorläufige Maßnahmen an Stelle der an sich zuständigen Behörden (Straßenverkehrs- oder Straßenbaubehörde) getroffen werden, wobei die befugten Personen dann die Mittel zur Sicherung und Lenkung des Verkehrs bestimmen (§ 44 Abs. 2 Satz 2 StVO). In diesem Rahmen können Mitglieder der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks also nicht nur z. B. bestimmen, welche Verkehrszeichen aufzustellen sind, sondern diese Zeichen auch selbst anbringen.

Als (örtliche) Voraussetzung für ein entsprechendes Tätigwerden legt Art. 7 a die Erforderlichkeit der Verkehrsregelung im Rahmen der Sicherung von Einsatzstellen oder von Veranstaltungen fest. Bei „Veranstaltungen“ im Sinne dieser Vorschrift ist - gemäß der bisherigen Praxis - insbesondere an motor- und radsportliche, Brauchtums- und kirchliche Veranstaltungen zu denken. Dies ist jedoch nicht abschließend. Eine Erweiterung der Befugnis auf andere Anlässe als Einsatzstellen und Veranstaltungen ist ausgeschlossen.

Der Einsatz der Feuerwehr zur Sicherung von Veranstaltungen wird an die Zustimmung des zuständigen Organs der Gemeinde, die Träger der Feuerwehr ist, gebunden. Welches Organ jeweils zuständig ist, richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen der Gemeindeordnung. Bei einzelnen Veranstaltungen wird es sich in der Regel um eine laufende Angelegenheit i. S. des Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO handeln, für die der erste Bürgermeister zuständig ist. Der Gemeinderat kann aber Richtlinien für die Übernahme der Verkehrsregelung bei Veranstaltung durch die Feuerwehr aufstellen (Art. 37 Abs. 1 Satz 2 GO). Die Zustimmung kann ggf. auch generell im voraus erteilt werden. Die Befugnis für die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk besteht (zeitlich) nur dann, wenn und soweit Polizei (im institutionellen Sinn) nicht oder nicht rechtzeitig ausreichend zur Verfügung steht. Dadurch soll klargestellt werden, daß im Verhältnis zur Polizei kein Konkurrenzverhältnis entstehen kann und eine polizeiliche Präsenz und Tätigkeit ein gleichzeitiges Handeln der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks im Bereich der Verkehrsregelung ausschließt, soweit dies nicht im Einvernehmen mit der Polizei erfolgt. Selbst bei Veranstaltungen, bei denen die Feuerwehr die Verkehrsregelung übernimmt, soll (auf ausdrücklichen Wunsch des Landesfeuerwehrverbandes) nach Möglichkeit auch künftig zumindest ein Vertreter der Polizei anwesend sein und koordinierend und beratend mitwirken.

Die Nachrangigkeit der Verkehrsregelung durch die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk wird zusätzlich dadurch verdeutlicht, daß die Befugnis im Einzelfalle nur vorbehaltlich anderer Entscheidungen der Straßenverkehrsbehörden oder der Polizei gegeben ist. Von diesen kann somit ggf. von vornherein ein Tätigwerden der Feuerwehren z. B. bei einer bestimmten Veranstaltung verhindert oder eingeschränkt werden.

Die Übertragung der Befugnis zunächst auf Führungsdienstgrade der Feuerwehr und Führungskräfte des Technischen Hilfswerks, die hiermit dann im Einzelfall Mannschaftsdienstgrade bzw. Helfer beauftragen können, entspricht vergleichbaren, hierarchisch bedingten Formulierungen im Feuerwehrgesetz, die in ähnlicher Form auch für das Technische Hilfswerk zutreffen.

Abschließend ist klarzustellen, daß mit dem Gesetzentwurf keine Verpflichtung für die Feuerwehr und das Technische Hilfswerk zu verkehrsregelnden Maßnahmen eingeführt, sondern nur für den Fall, daß solche Tätigkeiten durchgeführt werden, eine entsprechende Legitimation geschaffen werden soll.

Zu § 1 Nr. 6:

Zur Begründung wird auf die Begründung zu § 1 Nr. 1 verwiesen.

Zu § 1 Nr. 7:

Zur Begründung wird in beiden Fällen auf die Begründung zu § 1 Nr. 1 verwiesen.

Zu § 1 Nr. 8:

Zur Begründung der Änderung der Ministeriumsbezeichnung wird auf die Begründung zu § 1 Nr. 1 verwiesen.

Die Einvernehmensregelung erfolgt im Hinblick auf die von den Zuständigkeits-, Verfahrens- und Durchführungsvorschriften berührten Fragen des Wasserrechts. Diese fallen gem. § 10 Ziff. 2., 4. StRGVV in den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen und somit nicht mehr in den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern.

Zu § 1 Nr. 9:

Zur Begründung wird auf die Begründung zu § 1 Nr. 1 verwiesen.

Zu § 1 Nr. 10:

Zur Begründung der Änderung der Ressortbezeichnung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie wird auf die Begründung zu § 1 Nr. 1 verwiesen.

Außerdem gilt nach der Verordnung zur Umbenennung des Staatsministeriums für Arbeit, Familie und Gesundheit in Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit vom 22.06.1993 (GVBl S. 413, BayRS 200-2-S) nunmehr auch insoweit die neue Bezeichnung.

Gemäß § 7 Ziff. 20 StRGVV fallen die Angelegenheiten des Eisenbahnwesens und des öffentlichen Personennahverkehrs in den Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie. Zudem wurde im Zuge der Bahnreform das Bundesbahngesetz aufgehoben und durch neue Vorschriften (die neuen Nummern 5 bis 9 des Art. 12) ersetzt.

Zu § 2:

Diese Vorschrift enthält die Regelung über das Inkrafttreten.